

Kurzinformation

Kurzinformation

Ziel

Sicherstellung von Verbesserungen und Klarstellungen im Haushaltsrecht

Inhalt

Novelle des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 (BHG 2013)

Hauptgesichtspunkte des Entwurfs

Mit dem Entwurf sollen legislativ, prozedural oder redaktionell notwendige Anpassungen wie etwa Harmonisierungen widersprüchlicher Regelungen, Klarstellungen, Vereinfachungen oder die Einarbeitung von Bundesministeriengesetz-Novellen (BMG-Novellen) vorgenommen werden.

Klarstellungen im Sinne der bisherigen Praxis

- Geltung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Rahmen der Schuldenbremse gleichziehen mit dem Österreichischen Stabilitätspakt
- Gesetzliche Verankerung der vereinfachten wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) und der WFA-Bündelungen
- Harmonisierung der Formulierungen zu den haushaltsrechtlichen Sanktionen
- Klarstellung des Förderungsbegriffs: Finanzzuweisungen, finanzausgleichsrechtliche Zuschüsse an Gebietskörperschaften, Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter sind keine Förderung.
- Praxisnahe Klarstellung der Verordnungsermächtigung für die Allgemeinen Rahmenrichtlinien bezüglich Betrauung von Abwicklungsstellen
- Definition der liquiden Mittel
- Finanzanlagen bzw. Beteiligungen im Treasury abzubilden

Vereinfachungen

- Bestimmungen für Vertretungsbehörden im Ausland mit geringem Personalstand
- Harmonisierung der Berichtspflichten zum Personalstand von Beschäftigten in ausgegliederten Einrichtungen
- Entfall der bundesinternen Verrechnung fiktiver Mieten bei Burghauptmannschaft, da kein Steuerungseffekt bei hohem Verwaltungsaufwand
- Entfall der zwingenden Entgeltlichkeit beim Sachgütertausch

Bereinigungen

- Mittelverwendungsgruppe "operative Verwaltungstätigkeit" in Personalauszahlungen und betrieblichen Sachaufwand (§ 33) teilen sowie eine Mittelverwendungsgruppe für Finanzerträge/Finanzaufwand
- Förderungen im Namen anderer Rechtsträger, die vom Bund finanziert werden, sind gesondert auszuweisen. (bisher nur freiwillig praktiziert)
- Ergänzung zu den datenschutzrechtlichen Bestimmungen

Redaktion: oesterreich.gv.at

Stand: 07.06.2024

